

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

64. Sitzung  
am Donnerstag, dem 15. Januar 1998, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

in Vertretung von Reinhard Sager

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Ulrike Rodust (SPD)

**T a g e s o r d n u n g :**

	<b>Seite</b>
<b>1. Vorläufiges Ergebnis des Haushaltsvollzugs 1997</b>	<b>4</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1507	
<b>2. Übersicht über die Modellvorhaben zu § 10 a LHO mit Angaben über die vereinbarte Berichtspflicht</b>	<b>6</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1470	
<b>3. Teilnahme an einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung eines für eine Landtagsfraktion tätigen Landesbeamten</b>	<b>7</b>
Vorlage des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages Umdruck 14/1407	
<b>4. Bericht der Landtagsverwaltung über die Vorbereitung des Symposiums zum Thema "Einführung neuer Steuerungsinstrumente im Landeshaushalt"</b>	<b>8</b>
<b>5. Unterhaltsvorschuß</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/1056	
<b>6. Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Haushaltsrechnung 1994</b>	<b>10</b>
Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 14/742 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1466	
<b>7. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001</b>	<b>11</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871 und <b>Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998</b> Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850 und <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/942	
<b>8. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>15</b>
<b>9. Verschiedenes</b>	<b>16</b>

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Vorläufiges Ergebnis des Haushaltsvollzugs 1997**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/1507

M Möller erläutert die Vorlage.

P Dr. Korthals stellt heraus, daß die von der Verfassung vorgegebene Kreditobergrenze im Vollzug des Haushalts überschritten worden sei. M Möller hält dagegen, daß diese Grenze nur für die Aufstellung des Haushalts gelte; diese Position der Landesregierung habe er in der Pressekonferenz auch deutlich gemacht.

Abg. Stritzl stellt heraus, daß die Investitionsquote, das Defizit des Jahres 1997 und der Gesamtschuldenstand das schwärzeste Bild eines Landeshaushalts in der Geschichte SchleswigHolsteins ergäben.

Abg. Kubicki erinnert daran, daß er bereits bei der Beratung sowohl des Haushalts 1997 als auch des Nachtragshaushalts 1997 vorausgesagt habe, daß M Möller "bei einer Überschreitung der Kreditobergrenze landen wird", und folgert daraus, daß bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs offensichtlich nur formale Kriterien eingehalten werden, die im Verlauf des Haushaltsvollzugs den rechtlichen Ansprüchen einfach nicht standhalten könnten. Es liege die Vermutung nahe, daß im Haushalt 1998 die globalen Minderausgaben im Bereich der Investitionen erwirtschaftet werden sollen mit dem Ergebnis, daß bereits bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs die von der Verfassung vorgegebene Kreditobergrenze überschritten worden sei. M Möller hält dagegen, daß nicht alles vorherzusagen sei und daß die eigentliche Problematik des Landehaushalts in der Stabilisierung der Einnahmen liege.

Abg. Heinold erklärt, sie bewundere den Mut des Finanzministers, einen Haushalt aufzustellen, der die Hoffnung in sich trage, "daß alles verfassungskonform klappt". Sie finde es richtig, daß die Opposition den Haushaltsabschluß kritisch hinterfrage, da es sich immerhin um einen Abschluß handele, "den wir alle uns so nicht wünschen". Sie sei aber nicht nur Finanzpolitikerin; ihr Herz schlage für Jugend, Soziales und Bildung, und sie sehe einfach die unabdingbare Notwendigkeit, dafür Geld auszugeben. Das Haushaltsgesetz und die von der Verfassung vorgegebene Kreditobergrenze - so betont Abg. Heinold - paßten einfach nicht mehr zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung. Diese Situation sei neu, aber nicht nur für Schleswig-Holstein, und dieser Umstand relativiere ihre Bedenken als Finanzpolitikerin gegenüber dem Haushaltsabschluß.

Abg. Astrup geht auf die Ausführungen des Abg. Kubicki ein und macht darauf aufmerksam, daß sowohl in Artikel 53 LV als auch in § 18 Abs. 1 LHO von " v e r a n s c h l a g t e n Ausgaben für Investitionen" die Rede sei.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Übersicht über die Modellvorhaben zu § 10 a LHO mit Angaben über die vereinbarte Berichtspflicht**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/1470

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Teilnahme an einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung eines für eine Landtagsfraktion tätigen Landesbeamten**

Vorlage des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages Umdruck 14/1407

Auf Vorschlag des Abg. Stritzl wird die Beratung auf die nächste Sitzung vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landtagsverwaltung über die Vorbereitung des Symposiums zum Thema "Einführung neuer Steuerungsinstrumente im Landeshaushalt"**

MDgt Siemonsmeier-Schriewer gibt einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen des Symposiums und teilt in diesem Zusammenhang mit, daß der dafür in Aussicht genommene Termin 16./17. Juni auf den 6./7. Juli 1998 habe verschoben werden müssen und daß das sogenannte Abgeordnetenseminar auf den 12. März 1998 terminiert worden sei. Die Gesamtkosten gibt sie mit rund 50.000 DM an. MDgt Siemonsmeier-Schriewer betont, daß aus ihrer Sicht im weiteren Verlauf der Vorbereitungen eine Rückkopplung mit dem Finanzausschuß notwendig sein werde, und schlägt vor, diese Rückkopplung aus verfahrensökonomischen Gründen auf den Vorsitzenden des Finanzausschusses, die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen und den Präsidenten des Landesrechnungshofs zu beschränken.

Die Abgeordneten Astrup, Heinold und Kubicki begrüßen das vorgestellte Programm und den Stand der Vorbereitungen.

M Möller erklärt, er biete erneut an, die Abgeordneten über den Stand der Überlegungen innerhalb der Landesregierung über die Einführung neuer Steuerungsinstrumente im Landeshaushalt zu informieren; der für das Symposium vorgesehene Termin 6./7. Juli 1998 scheide jedoch wegen der bereits verabredeten Klausur des Kabinetts zur Vorbereitung des Haushaltsentwurfs 1999 aus.

Der Vorsitzende kündigt an, sich in Abstimmung mit dem Finanzminister um einen Termin noch vor dem sogenannten Abgeordnetenseminar zu bemühen. - Der Ausschuß ist einverstanden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Unterhaltsvorschuß**

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/1056

(überwiesen am 11. Dezember 1997)

St Dr. Müller trägt die Stellungnahme des Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau, Umdruck 14/1512, vor.

Abg. Neugebauer erklärt, die Fraktion der SPD habe Verständnis dafür, daß das Ministerium in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit kein Konzept habe vorlegen können, gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß Mehreinnahmen noch in diesem Jahr anfallen.

P Dr. Korthals bemerkt, es sollte "ein wenig Wasser in den Wein gegossen werden", was die Hoffnung betreffe, zu höheren Einnahmen zu kommen, und erklärt, der Landesrechnungshof werde noch in diesem Jahr seine Untersuchungen in dieser Angelegenheit abschließen.

Der Vorsitzende empfiehlt, das Thema zusammen mit dem Haushaltsentwurf 1999 erneut aufzugreifen. - Der Ausschuß folgt dieser Empfehlung.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit  
Bericht zur Haushaltsrechnung 1994**

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 14/742  
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/1466

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001**

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871 und

**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/850

und

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/942

l **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001 Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871**

Der Ausschuß nimmt den Finanzplan zur Kenntnis.

- **Haushaltsbegleitgesetz**
  - a) **Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/850**
  - b) **Anlage 2 des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 14/942**
  - c) **erste Nachschiebeliste, Umdruck 14/1285 (Seiten 398 ff.)**
  - d) **Zweite Nachschiebeliste, Umdruck 14/1418 (Seiten 20 bis 23)**
  - e) **Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie, Umdruck 14/1462**
  - f) **Anträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdrucke 14/1439, 14/1489, 14/1520, 14/1528**
  - g) **Antrag der Fraktion der F.D.P., Umdruck 14/1486, 14/1529**
  - h) **Anträge des SSW, Umdrucke 14/1487, 14/1488, 14/1494**
  - i) **Zu Epl. 01: Umdrucke 14/1291, 14/1326, 14/1430, 14/1438, 14/1524**
  - j) **Zu Epl. 02: Umdruck 14/1492**
  - k) **Zu Epl. 03: Umdruck 14/1469**

**Zu a) bis e)**

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. stimmt der Ausschuß den Vorlagen zu.

**Zu f)**

Die unter f aufgeführte Vorlage Umdruck 14/1520 wird mit demselben Stimmenverhältnis angenommen mit der Maßgabe, daß die Verpflichtungsermächtigung für die Verstärkungsmittel bei Titel 1108-652 01 um weitere 2 Millionen DM erhöht und für das Jahr 2000 ausgewiesen wird.

Den übrigen Anträgen stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. zu.

**Zu g)**

Abg. Neugebauer erklärt zu der Vorlage Umdruck 14/1486, daß der Großteil dieser Anträge nicht umzusetzen und zu verantworten sei, teilweise unseriös und frauenfeindlich sei und sich teilweise gegen die Umwelt und gegen Arbeitsplätze richte. Die Fraktion der SPD sei allerdings bereit, folgenden Änderungsanträgen - in zum Teil modifizierter Form - zuzustimmen:

- lfd. Nr. 18 Kürzung von 300.000 DM um 100.000 DM auf 200.000 DM
- lfd. Nr. 28 - unverändert -
- lfd. Nr. 32 Erhöhung von 1.555.000 DM um 100.000 DM auf 1.655.000 DM
- lfd. Nr. 37 Erhöhung von 900.000 DM um 100.000 DM auf 1.000.000 DM
- lfd. Nr. 94 Erhöhung von 365.000 DM um 30.000 DM auf 395.000 DM

Den im einzelnen aufgeführten obigen Anträgen stimmt der Ausschuß einstimmig zu, die übrigen Anträge der Vorlage Umdruck 14/1486 werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen CDU und F.D.P. abgelehnt.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Abg. Astrup und setzt die Abstimmung über den Antrag Umdruck 14/1529 aus, da die Fraktion der SPD noch Beratungsbedarf habe.

**Zu h)**

Der Antrag Umdruck 14/1487 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Die Anträge Umdrucke 14/1488 und 14/1494 werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.

**Zu i)**

Der Vorlage Umdruck 14/1524 stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. mit der Maßgabe zu, daß das Wort "Landtag" durch die Formulierung "Präsident des Landtages" ersetzt wird und daß vor dem Wort "einzurichten" eingefügt wird: "gegen Deckung".

MDgt Rohs macht darauf aufmerksam, daß die Nachschiebeliste der Landtagsverwaltung zum Personalhaushalt, Umdruck 14/1291 bei BesGr A 11 und bei VergGr IV a um die entsprechenden Haushaltsvermerke ergänzt werden müsse.

Den Vorlagen Umdrucke 14/1291, 14/1326 und 14/1430 stimmt der Ausschuß einstimmig, der Vorlage 14/1438 gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

**Zu j)**

Der Ausschuß stimmt der Vorlage Umdruck 14/1492 einstimmig zu.

**Zu k)**

Der Ausschuß nimmt die Vorlage Umdruck 14/1469 zur Kenntnis.

• **I-Bank- und Sparkassengesetz**

- a) Anlagen 1 und 3 des Gesetzentwurfs der Landesregierung,  
Drucksache 14/942  
hierzu: Umdrucke 14/1211, 14/1246
- b) Zweiter Änderungsvorschlag zum Gesetzentwurf Drucksache 14/942  
Umdruck 14/1150
- c) Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 14/1439

GL Rieck erläutert die Vorlage der Investitionsbank zu den Betriebsergebnissen sowie der Entwicklung der Büromieten von 1980 bis 1997, Umdruck 14/1530.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. stimmt der Ausschuß den Vorlagen zu, wobei Abg. Neugebauer allerdings erklärt, daß die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes nicht überzeugt habe und deshalb von den Koalitionsfraktionen auch nicht übernommen werde.

- **Landesliegenschaften**

- a) Artikel 4 des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes  
Drucksache 14/850
- b) Anlagen 1, 2 und 3 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes  
Drucksache 14/942  
hierzu: Umdrucke 14/1211 und 14/1246
- c) Nummer 3 des Änderungsvorschlages der ersten Nachschiebeliste  
Umdruck 14/1285
- d) Nummer 2 des Änderungsvorschlages der zweiten Nachschiebeliste  
Umdruck 14/1418
- e) Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 14/1439
- f) Vorlagen des Landesrechnungshofs  
Umdrucke 14/941, 14/1060, 14/1095, 14/1149, 14/1168
- g) Vorlagen der Landesregierung  
Umdrucke 14/934, 14/1068, 14/1069, 14/1073, 14/1080, 14/1106,  
14/1111, 14/1117, 14/1213, 14/1468, 14/1490
- h) Gutachten von Professor Dr. Dieter Birk  
Umdruck 14/1167
- i) Niederschrift über die 54. Sitzung des Finanzausschusses  
(Anhörung der Professoren Dr. Birk und Dr. Kirchhof)

Den Vorlagen unter a bis e stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. zu; die Vorlagen unter f bis i nimmt der Ausschuß zur Kenntnis

\* \* \*

In der **Schlußabstimmung** stimmt der Ausschuß dem **Haushalt 1998** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

- Umdruck 14/1400 - Bemerkungen 1997 LRH - Tz 13
- Umdruck 14/1405 - Ambulante soziale Dienste
- Umdruck 14/1431 - Beantwortung von Fragen - Epl 07
- Umdruck 14/1436 - European Centre for Minority Issues (ECMI)
- Umdruck 14/1444 - Modernisierungsprojekt "Budgetierung des Einzelplans 03"
- Umdruck 14/1445 - Zusammenarbeit zwischen Land SH und Präfektur Hyogo
- Umdruck 14/1447 - Änderung des LBG, des LRiG pp - Uni HH
- Umdruck 14/1464 - Rücklagenbildung und -auflösung
- Umdruck 14/1465 - Vergütung für die Belegung des Haftkapitals der IB
- Umdruck 14/1473 - Rückübertragung des Forstgeheges Lutzhorn (Drucksache 14/1151)
- Umdruck 14/1474 - Universitätsbibliothek
- Umdruck 14/1476 - Änderung des HGrG
- Umdruck 14/1491 - Rückforderung vom F.D.P.-Landesverband

Die Vorlage Umdruck 14/1463 - Förderung des Beratungswesens bei KMU - wird der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zur weiteren Beratung überwiesen.

Abg. Neugebauer bittet, künftig in Vorlagen wie Umdruck 14/1493 - Übertragung von Förderprogrammen auf die IB - einen Hinweis auf die finanziellen und personalpolitischen Auswirkungen der Übertragung von Förderprogrammen auf die Investitionsbank aufzunehmen. MDgt Rohs merkt an, daß die Ressorts in dieser Angelegenheit bereits angeschrieben worden seien, daß aber die zur Diskussion stehende Vorlage nicht über das Finanzministerium gelaufen sei. Er regt an, die Entscheidung über die Vorlage zurückzustellen, und sagt zu, eine den Anforderungen des Abg. Neugebauer entsprechende Vorlage nachzureichen. - Der Ausschuß ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Zu der von Abg. Neugebauer in der vorigen Sitzung angesprochenen Zeitungsmeldung über "Filz und Vetternwirtschaft" im Lottobereich und die Einkommen der Bezirksdirektoren merkt M Möller an, daß das in der Presse Erwähnte nicht zutreffe, daß vielmehr das zu versteuernde Einkommen bei 120.000 bis 130.000 DM liege.

P Dr. Korthals teilt mit, daß der Landesrechnungshof derzeit den Lottobereich prüfe und alsbald ein Prüfungsergebnis vorlegen werde.

In einer kurzen Diskussion wird verabredet, das Thema nach Vorliegen des Berichts des Landesrechnungshofs zu beraten. Das Finanzministerium wird gebeten, dem Ausschuß parallel zu dem erwarteten Bericht die einschlägigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 13:10 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Breitkopf  
Geschäfts- und Protokollführer